

Der Wechsel beginnt.

Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg Baden-Württemberg 2011 – 2016

Auszug ...

Mit dem Tariftreuegesetz Mittelstand und Beschäftigte schützen

Mit einem Tariftreuegesetz werden wir sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Denn sie dürfen im Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Wie in zahlreichen anderen Bundesländern wollen wir dies europarechtskonform und unbürokratisch durch Tariftreueerklärungen der Unternehmen umsetzen. Eine Tariftreueregelung ist auch für den Verkehrssektor vorgesehen. Bei nicht tarifgebundenen Branchen streben wir einen vergabespezifischen europarechtskonformen Mindeststundenlohn von zunächst 8,50 Euro an. Die öffentliche Hand geht so als Auftraggeber mit gutem Beispiel voran, wirkt gegen Lohndumping und sichert einen fairen Wettbewerb.

Mit Mindestlöhnen für fairen Wettbewerb sorgen

Wir wollen fairen Wettbewerb und setzen deswegen auf Mindestlöhne. Lohndumping wollen wir entgegenwirken. Mittelständische Betriebe, die faire Löhne bezahlen wollen und unter Billigkonkurrenz leiden, erhalten dadurch mehr Chancen am Markt. Gerade Frauen werden als Arbeitnehmerinnen von Mindestlöhnen profitieren. Im Bund werden wir uns – entsprechend dem Tariftreuegesetz im Land – für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen, der von einer Mindestlohnkommission festgesetzt wird. Wir brauchen diese gesetzliche Untergrenze, damit das Aufstocken von niedrigem Marktlohn durch Arbeitslosengeld II nicht zu sinkenden Marktlohn und zugleich höheren Sozialausgaben führt. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für branchenspezifische Mindestlöhne über eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ein.

Kein Lohndumping durch Leiharbeit - Gegen prekäre Beschäftigung

Wir wollen die Leiharbeit zu dem machen, was sie ursprünglich sein sollte: ein zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung großer Auftragsschwankungen in Unternehmen. Leiharbeit darf nicht zu Lohndumping führen. Sie spaltet die Betriebe in Stammbeslegschaften auf der einen und prekär beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auf der anderen Seite. Dem wollen wir entgegenwirken. Wir setzen uns für gleiches Geld für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen ein. Viele Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter haben keinen Berufsabschluss. Sie brauchen einen Weiterbildungs- und Qualifizierungsanspruch. In den landeseigenen Betrieben wollen wir die Leiharbeit zurückdrängen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, im Teilzeit- und Befristungsgesetz die Möglichkeit für die Befristung der Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund zu streichen. Praktikantinnen und Praktikanten sollen nur für wirkliche Berufspraktika eingesetzt werden.